

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Albstadt  
Schriftleitung: Dresden-Al., Ostbahnhofstr. 2  
Sprechzeiten: Dresden-Al. Nummer 17 259 + Drahtschlüssel  
„Arbeiterstimme“ Dresden + Sprechzeiten der Schriftleitung  
Wochentags nachmittags von 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

Organ der KPD.  
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostschlesien)

Schriftleitung: Dresden-Al., Ostbahnhofstr. 2  
Sprechzeiten: Dresden-Al. Nummer 17 259 + Drahtschlüssel  
„Arbeiterstimme“ Dresden + Sprechzeiten der Schriftleitung  
Wochentags nachmittags von 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

Beilagen: Der rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg.

Bezugspreis für den Monat fünf ins Haus 2 RM.  
Halbjahrespreis 12 RM. Durch die Post bezogen monatlich 2 RM.  
(ohne Zustellungsgeld) • Im Falle längerer Abwesenheit besteht kein  
Anspruch auf Lieferung der Zeitung über auf Nachnahme des  
Bezugspreises • Erhalten täglich außer an Feiertagen

Dresden  
Mittwoch, 6. Januar 1926

Anzeigenpreis:  
Die normal gebildete Zeilenbreite über dem Raum 1,20 RM.  
für 1000 Eindrücke, für die Zeilenbreite angeschlossen  
an den festgesetzten Zeilenmaßstab 1,20 RM.  
Zusatz-  
Anzeige über 1000 bis 4 Uhr nachmittags in der gleichen

Nr. 4

## Gekler finanziert völkische Rüstungen

### Korruptionsstandal im Reichswehrministerium

Berlin, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Welt am Abend“ vom Dienstag veröffentlicht sensationelle Mitteilungen über einen Korruptionsstandal zugunsten völkischer Putzfirmen im Reichswehrministerium. Ende November 1924 erhielt ein Fabrikant Herr von Nuer aus Ostpreußen, ehemals Generalkonsul, jetzt Organisator des Kampfbundes Königsberg und Gründer der völkischen Zeitungen Ostpreußen, vom Reichswehrministerium 200 000 Mark zur Verfügung gestellt. Angeblich sollten sie dem Zweck dienen, in Ostpreußen nationale Kampfbünde zu organisieren und Ostpreußen zur Basis für einen neuen völkischen Putz auszugestalten. Die Regelarbeit eines Königsberger Ingenieurs S. sollte ohne Wissen der verantwortlichen Regierungsstellen auf Waffen- und Munitionsfabrikation ausgenutzt werden. Die 200 000 Mark sollten zur Vorbereitung des Unternehmens und zur Organisation der völkischen Kampfbünde dienen. Der Betrag wurde vom Reichswehrministerium auf das Konto des Ingenieurs S. nach Königsberg überwiesen. Die Summe wurde für die Beschaffung von Material aus der Fabrikation des Ingenieurs S. gebucht, die Regel aber niemals geteilt. Die 200 000 Mark wurden teils zur Unterhaltung der sehr schlecht dastehenden völkischen Zeitung Ostpreußen verwendet, zum Teil zur Umkleidung der Regelarbeit, zu einem großen Teil aber von Herrn von Nuer, dem Ingenieur S. (ebenfalls Mitglied der völkischen Verbände) und dem Rechtsanwalt von S., leitender Parteifunktionär und ebenfalls Mitglied der völkischen Verbände, für sich persönlich verbracht. Als die erste Rate verausgabt war, wandte sich Herr von Nuer durch die Vermittlung eines Herrn S. noch mal an das

Reichswehrministerium. Durch den raschen Geldverbrauch waren die völkischen Vertrauensleute im Reichswehrministerium mehrmals geworden und machten die Forderung weiterer Geldmittel von einer Kautions der völkischen Kampfbünde abhängig. Um diese Kautions zu erlangen, wandte sich Herr von S. an einen bekannten russischen Monarchisten, den Grafen R. Hierbei kamen die ganzen Verhandlungen eine Zeitlang ins Stocken. Die Briefe, die Herr von S. über diesen Korruptionsstandal an seine Frau schrieb, sind im Besitz der „Welt am Abend“. Sie zeigen, daß bestimmte Stellen im Reichswehrministerium an diesen völkischen Kampfbünden beteiligt sind. Wie es um Herrn Geklers Macht im Reichswehrministerium bestellt ist, zeigt die Angabe, daß er von dieser Unternehmung der völkischen Putzfirmen nichts gewußt haben sollte.

### Putzfirmen völkischer Stahlhelmbanden

Königsberg, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Echo des Ostens“ mitteilt, nimmt die Aktivität der ostpreussischen Stahlhelmbanden von Tag zu Tag zu. Es wird eine heftigste Werbereizung einleitet. Am 15. Januar soll ein Generalappell aller reaktionären Organisationen stattfinden. Durch Demonstrationen größerer Stills soll die Kamouflage des Stahlhelms erwiesen werden. In Gesprächen geben Stahlhelmbanden an, daß im Falle kommender Unruhen der hängenden Arbeiter die Schutzpolizei wegen „Unzuverlässigkeit“ möglicherweise ausgeschaltet werden soll und ein Zusammenwirken von Reichswehr mit Stahlhelmen vorbereitet wird. In gleicher Zeit nimmt die Verfolgung der Arbeiter immer provokatorischere Formen an; Beiragsmärkten des KPD werden beschlagnahmt.

### Brecht die bürgerliche Diktatur im Stadtparlament!

Von A. Schrapel  
Mit dem Erstarken der Reaktion im Reich, die nicht zuletzt durch die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie möglich wurde, machte sich immer deutlicher der Wille beim Bürgertum bemerkbar, den Sozialdemokraten den Fußtritt zu geben. Man braucht die SPD. nur, wenn man wirtschaftlichen und politischen Himmel finstere Wetterwolken aufziehen, wenn das ausgebeutete und zerrutene Proletariat Miene machte, dem Bürgertum die Faust zu zeigen. Im Reich ist man wieder dabei, die SPD. aus der Kammer herbeizuholen. Man schwankt nur noch, ob man es nicht lieber mit Artikel 48 machen soll.  
In unserer Landeshauptstadt fühlt man sich unter dem Schutz des Nachfolgers von General Müller und des ehemaligen Stadtordnungsverwalters und jetzigen Polizeigewaltigen Kühn ansehend unbefürchtet. Man hat die SPD. kaltgestellt und macht in den nationaldemokratischen Diktatur. In brutaler Weise nützt das Bürgertum im Stadtparlament seine Mehrheit gegenüber Kommunisten und Sozialdemokraten und gegen alle Forderungen der Arbeiterklasse aus. Die SPD. zeigte sich dabei in der traurigen Rolle, daß sie trotz parlamentarischer Kollisionsstellung dem Bürgertum Hilfeleistung leistete. Während im Landesparlament die Sozialdemokratische Partei durch die Koalitionsregierung und die Mehrheit der Fraktion im Landtag Hausrechtstabelle leistete, benützte im Dresdener Stadtparlament das Bürgertum die Gelegenheit des Ablebens des sozialdemokratischen Vizepräsidenten, die SPD. aus dem Präsidium herauszuschmeißen. Diese Haltung des Dresdener Bürgertums ist für die Arbeiterklasse insbesondere angesichts des zweijährigen Bestehens der Koalitionsregierung in Sachen von besonderer Bedeutung und verdient einige Aufmerksamkeit. Zeigt doch dieses Vorgehen des Bürgertums, daß es dort, wo es die Möglichkeit besitzt, sofort den Bürgerblock auch gegen die schwankende und halbe Haltung der SPD. bildet und seine Macht rücksichtslos ausnützt. Das Bürgertum fragte dabei absolut nicht nach dem sogenannten „geheiligten alten Brauch“, die härteste Fraktion zu berücksichtigen, sondern vertritt rücksichtslos seine eigenen Interessen gegenüber dem Proletariat.  
Die SPD. gab damals die Erklärung ab, daß bei einer Neuwahl sie eine eventuelle Mehrheit rücksichtslos ausnützen würde, jedoch ließ sie es bei dieser wenig konkreten Erklärung bewenden und ging nicht in eine klare, geschlossene Opposition gegenüber dem Bürgertum vor. Sie benützte diese günstige Gelegenheit, eine Front gegen den Bürgerblock herzustellen trotz der Aufforderung der Kommunisten nicht. Die SPD. zeigte sich in ihrer ganzen Schwachheit und Halbheit. Statt also in härtester Opposition zu gehen, verband sich die SPD. mit dem Bürgertum gegen die proletarischen Forderungen der kommunistischen Fraktion. Ein deutlicher Beweis für dieses Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion war ihre Stellungnahme gegen den kommunistischen Antrag in der Erwerbslosenfrage.  
Am kommenden Donnerstag finden nun geschäftsordnungsgemäß die Neuwahlen für das Präsidium statt. Wieder steht die Frage, ob der Bürgerblock bei den Wahlen die Kommunisten und Sozialdemokraten vom Präsidium ausschaltet. Für uns ist zwar die Wahl zum Präsidium eines Stadtparlaments des bürgerlichen Staates nicht von entscheidender Bedeutung. Jedoch handelt es sich hier darum, zu entscheiden, ob dem geschlossenen reaktionären Bürgerblock eine geschlossene proletarische Minderheit entgegengestellt werden soll und ob diese Minderheit ihre Macht auszunutzen gedenkt, den Bürgerblock nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch niederzuzwingen.  
Die Gelegenheit ist günstig!  
Reite Kreise der unteren und mittleren Schichten der Dresdener Einwohnerschaft haben in der vergangenen Zeit eine deutliche Bedre empfangen, die sie aufklärt hat über das Mißverhältnis zwischen Wahlversprechungen und deren Erfüllung. Das arme Dames-Deutschland hat kein Geld für die kleinen enteigneten Sparrer, kein Geld für die Millionen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die Kriegsopfer, die kleinen Beamten. Es braucht keine Wieninger für die Agrar- und Industriemagnaten, denen es Fülle und Steuern und allerhand nette Summen als „Wirtschaftshilfen“ zur Verfügung stellt. Es braucht kein Geld vor allem für die armen entrechteten Krieger, denen man Millionen in den Taschen wirft. Es braucht kein Geld für die Intelligenz, die Sängerhallen, Reklamationen usw. Das alles und vieles andere mehr haben die unteren Schichten an eigenen Leibe und eigenen Geldbeutel erfahren. Kein Wunder; es gährt in den Massen. Die Sozialdemokratie hat recht, wenn sie die bürgerliche Mehrheit der Neuwahlen als erledigt erklärt. Man lasse sie alle zur Tonne! Man lasse die Massen sprechen! Ihre Antwort ist klar und eindeutig:  
Hinweg mit dieser bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament!  
Das ist die einzige und unzweideutige Antwort, die die Arbeitervertreter im Rathaus zu geben haben, wenn

## Ungarische Weißbanditen als Geldfälscher

### Ludendorff als Helfer — Papier aus Berlin — Mussolini als Quartiergeber

Die bürgerliche Presse veröffentlicht in sensationeller Weise eine Meldung der ungarischen Telegraphen-Verbindungen, nach der die ungarische Polizei den Prinzen Ludwig von Windisch-Grätz als Führer der ungarischen Partisanenverbände verhaftet hat. Ferner wurde der bisherige Landespolizeichef Emerich von Radossy von der Polizei vernommen. Seine Verhaftung steht bevor. Desgleichen erwartet man die Verhaftung des ehemaligen Vizepräsidenten Graf Paul von Telli, des Schwagers des jetzigen Militärpräsidenten Bethlen, der beim Völkerbund eine große Rolle spielt und in der Weltfälschung ein Hauptrolle spielt hat. Insgesamt sind bisher 16 Personen der Fälscherbande festgenommen, von denen nur noch die meisten auf freiem Fuße befinden. Die Verhaftung der ungarischen Partisanenverbände wird sich auf einen großen politischen Standes aus. Die ungarischen Behörden sind bemüht, alle Spuren zu verwischen. Nach bürgerlichen Meldungen soll die Verhaftung der monarchistischen Banditen auf den Druck und das Eingreifen der ungarischen Regierung erfolgt sein. Die ganze Affäre des Fälscherbandes ist die Korruption der ungarischen Regierung. Von der Fälscherzentrale waren in der letzten Zeit in allen Gegenden Europas falsche Tausendfranknoten in Umlauf gesetzt worden. Vor wenigen Tagen hat die holländische Polizei in verschiedenen Orten holländischer Provinzen falsche Tausendfranknoten von Frontennoten festgenommen. Auch in Wien und Nizza waren solche in Umlauf. Kurz vor Weihnachten wurden in Amsterdam drei Ungarn namens Janowski, Marsojka und Marsojits festgenommen, da sie falsche Tausendfranknoten in Verkehr gebracht haben. Es stellte sich heraus, daß Janowski der Schwager des jetzigen ungarischen Kriegsministers, des Grafen Csaky ist. Am Silvesterabend wurden in Amsterdam 16 Pakete beschlagnahmt, die auf die Adressen der verhafteten Banknotenfälscher eintrafen waren. Die Pakete waren mit falschen französischen Frontennoten gefüllt. Der Aufgeber der Pakete entpuppte sich als der Kammerdiener des Fürsten Windisch-Grätz. Gleichzeitiger mit der Verhaftung dieser Fälscherbande erfolgte der Rücktritt des höchsten ungarischen Polizeibeamten, der mit den Fälschern unter einer Decke lief. Die Verhafteten gehen an, mit den Banknotenfälschern den französischen Franken zu unterminieren und den Nationalismus in Ungarn zu finanzieren. Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ meldet, sollten die Banknotenfälscher den Monarchistenputz vorbereiten. Sie sagt, wenn die Ausbeutung der Banknotenfälscher in die Reihen der Reichswehr nicht so große Verletzungen in die Reihen der Reichswehr nicht so große Verletzungen getragen hätte, wäre dem ungarischen Volk als Weihnachtsgabe eine falsche Diktatur mit Erzherzog Albrecht Habsburg an der Spitze zugebracht gewesen.

auch der Landeschef der Polizei Radossy festgenommen. Ersterer hätte die Fälschungen finanziert, der andere die falschen Diplomatenspässe ausgestellt und das diplomatische Kurierdepot verriegelt. Der Kriegsminister hat „Umlauf“ genommen und ist nach Griechenland abgereist. Begreiflich, wenn man weiß, daß er der Schwager des in Haag verhafteten Jendowj ist.  
Wie die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, verläuft in politischen Kreisen Budapests, daß sich die Fäden der rechtsgerichteten Geldfälscher auch nach München erstrecken und Ludendorff unmittelbar an den Wankenschäften beteiligt sein soll.  
Das Papier für das Fälschpapier sei aus Berlin gekommen und außer der ungarischen Staatsdruckerei können nur noch das militärgeographische Institut und die österreichische Nationalbank als Bezugsstellen des Papiers in Frage kommen.  
Interessant ist ferner die Feststellung eines Budapesters, daß der deutsche Graf Generalstab schon während des Krieges falsche rumänische und italienische Banknoten herstellen ließ, um die betreffende Valuta zu drücken. Ludendorff wollte sogar falsche Franknoten machen lassen, sei aber von Hindenburg daran gehindert worden.  
Die französischen Behörden behaupten, daß Oberst Bauer seinerzeit die Klischees nach Budapest gebracht habe, die jetzt benutzt werden. Der bekannte antifeministische Abgeordnete Dr. Ullrich ist nach Mailand verdriftet, und es wird behauptet, daß er dort als Gast Mussolinis weilte.  
Die deutsche nationalistische Presse beschränkt sich auf die Wiedergabe stark gefälschter Telegramme und hebt die politischen Meinungen der Fälscher hervor. Die „Tägliche Rundschau“, das Organ des Herrn Stresemann, kann es sich nicht verkneifen, folgendes zu schreiben:  
„Daß sich ein Mann aus so renommierten Familie zu einer solchen Tat, wenn ihr auch politische Beweggründe zugeschoben werden, verfehlen läßt, ist aus Rücksicht zu beklagen. Die Sowjets haben auch mit gefälschten Dollars eine sehr weitreichende Propaganda getrieben — möglich, daß der Prinz dieses Beispiel nach ahmen wollte.“  
Wird das Stresemann-Organ bei England mit dieser niederträchtigen Verleumdung — die obenstehend dumm ist — nach der Rückführung wegen des Lichtschraube-Befehles Eindruck schinden?  
Während die „Volkszeitung“ erklärt, daß die Aufdeckung des Fälscherbandes ein schwerer Schlag für die Diktaturpropaganda in der ganzen Welt“ bedeute, lacht ausgerechnet das Blatt des deutschen Auswärtigen Amtes, die „Tägliche Rundschau“, nach einer Entschuldigung für den prinzipiellen Retter und Fälscher:  
„Nach welcher Richtung seine Propaganda ging, ist noch nicht bekannt, sicherlich aber nach einer, um seinem so schwergeprüften Vaterlande Hilfe zu bringen.“  
Vielleicht werden es sich jetzt doch die durch Ludendorff-Fälscher von der „nationalen Diktatur“ eingeladenen Anhänger aus dem Kleinbürgertum überlegen, ob sie sich mit Geldfälschern politisch solidarisieren wollen.

Die gemeldeten Verhaftungen der ungarischen Geldnoten-Fälscher schienen sich zu einem internationalen Standal auszuwickeln, in dem auch deutsche Reichswehr verwickelt werden. Nach Verhaftung des Entels des österreichischen Gallits

am 18. Januar 1926